

Das Selbstverständnis einer Europäischen Union der Vertriebenen

Ulrich Neumann, Institut für Angewandte Wissenschaftliche Irenik

Es dürfte unzweifelhaft sein, daß die am 01.12.2007 in Triest gegründete Union der Europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) und ihre Mitgliedsorganisationen in Zukunft mit einer Stimme sprechen müssen.

Um einen Hinweis auf die zukünftige erforderliche Stimme zu geben, sei auf Aktivitäten und Aussagen der Union der vertriebenen Istrier (Unione degli Istriani), Initiatorin der Union der Europäischen Vertriebenen, hingewiesen.

Als beispielhafte Darstellung ihrer Aktivitäten eignet sich ihre Demonstration am 18. Januar 2006 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

Doch zuvor ein Hinweis auf die Irenik, da der auf die Darstellung der istrischen Demonstration folgende Kommentar aus irenischer Sicht erfolgt.

Irenik ist Friedenslehre (griech. eirene – der Frieden). Sie bezieht sich u. a. auf den Ausspruch des Hirnforschers Prof. Dr. Singer, Direktor am Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt/Main, der im 1. Spiegelgespräch 2001 äußerte: „Das Gehirn sucht ständig nach Gründen, Zwecken und Bezügen“, oder anders ausgedrückt, das Gehirn sucht ständig nach 1, 2, und 3, was sich wiederum auf das uns allen bekannte Sprichwort bezieht „Aller guten Dinge sind drei“. Diese Aussage gibt es in abgewandelter Form in allen Sprachen, es entspricht einem „Dreierprinzip in unserem Gehirn“. Es bedeutet, daß ein Ding erst dann gut gedacht ist, wenn wir es von 3 Blickwinkeln aus gedacht und betrachtet haben. Meistens denken wir über ein Problem, einen Gegenstand, ein Ereignis nur einseitig nach, und bedenken nicht alle möglichen Seiten; andere denken in anderer Weise einseitig, und so kann es zum Streit über die richtige Betrachtungsweise kommen, den richtigen Weg und das richtige Ziel. Zu lernen wäre also 3 Gedanken nebeneinander als richtig zu erkennen.

Hier soll, anschließend an den Text von Dr. Lacota, versucht werden, verschiedene Sichtweisen zu unserem Problemfeld (Vertreibung, Wiedergutmachung usw.) unter einen Hut zu bringen.

Dr. Lacota, Präsident der Unione degli Istriani, hat die Straßburger Demonstration in der Zeitschrift der Unione kommentiert, mit dem Titel „In Straßburg hat die Schlacht um die Achtung der Rechte der Vertriebenen begonnen“.

Hieraus einige wichtige Absätze in freier Übersetzung unter Berücksichtigung seiner Formulierungen.

Dr. Lacota bezeichnet diese Demonstration als einen aufrüttelnden Stoß, der die Verbände der Vertriebenen „nach viel zu vielen Jahren der Bettlägerigkeit getroffen und einen feierlichen langsamen Tod unterbrochen hat, der seit langer Zeit die Verbände der Vertriebenen charakterisierte. ...

Diese seit Jahren unhaltbare Situation hat die Union der vertriebenen Istrier überzeugt, in Zukunft neue Wege zu gehen. Die einzige Art, die Interessen der Vertriebenen zu wahren, konnte nur darin bestehen, die Ärmel hochzukrempeln, auf kurzlebige und manchmal instrumentalisierte Unterstützung zu verzichten und eine absolute Unabhängigkeit und Autonomie von einer irgendwie gearteten parteipolitischen Organisation einzuhalten.

In der Folge wurde im September 2005 ein Dossier erarbeitet, das, in vier Sprachen übersetzt, die Forderungen auf Rückgabe des Eigentums enthielt, das seitens Sloweniens und Kroatiens den Vertriebenen ungesetzlich entzogen worden war.

Das Dossier erhielten die UNO, die Vertragsunterzeichner des „Friedens“vertrages von 1947 (betreffend die italienischen istrischen Gebiete) und die Regierungen der EU-Staaten. Es hat die Aufmerksamkeit von zahlreichen EU-Abgeordneten und internationalen Organisationen erzielt, die sich um die Wahrung der Menschenrechte kümmern. Als außerordentlich ist die Beantwortung des Dossiers durch das Generalsekretariat der UNO zu sehen, mit der Bestätigung der beanstandeten Verletzungen und der Zusicherung weiterer Analysen und Bearbeitungen zum Thema gesetzwidriger Konfiskationen von Eigentum. Als weiteres Ergebnis des Dossiers gab es ein von 27 EU-Abgeordneten unterzeichnetes Dokument, das zu der erwähnten ersten Demonstration in Straßburg führte.

Weitere 400 Zustimmungen (von Einzelpersonen und Vereinigungen) zum Dossier waren eine Bestätigung dafür, daß es das natürliche menschliche Bestreben, ja des menschlichen Instinktes ist, sich wieder das anzueignen, was geraubt worden ist.

In Straßburg haben, angesichts der Unwissenheit und Unkenntnis vieler EU-Parlamentarier, EU-Funktionäre und italienischer Politiker, die Union der Istrier und ihr angeschlossener Vertriebenenorganisationen all ihren Zorn, all ihre Verzweiflung, aber auch ihre Intelligenz gezeigt. Sie haben demonstriert, **daß das Recht auf Rückkehr unverzichtbar ist und die Rückgabe des Eigentums eine fundamentale Frage ist, ebenso wie es ein fundamentales Recht ist, von demjenigen entschädigt zu werden, der uns beraubt hat.**

Der 18. Januar 2006 bleibt für die Union der vertriebenen Istrier der Tag der öffentlichen Anklage. Es war eine perfekte Manifestation und die Botschaft für alle Opportunisten, daß die Streitfrage mit Slowenien und Kroatien nicht geschlossen ist. ...

Unsere Demonstration, die von manchen sogar als Erdbeben von Straßburg bezeichnet wurde, hat die öffentliche Meinung in Laibach und Zagreb, aber auch in Warschau, Prag, Preßburg und Budapest beeinflusst. ...“

Auf der Demonstration, die von einer Pressekonferenz im Europaparlament begleitet wurde, waren die folgenden aufgeführten Schilder, Spruchbänder und Transparente zu sehen:



Gesamtansicht der Demonstration der Unione degli Istriani vor dem Europaparlament



Gesamtansicht der Demonstration



Eigentum ist ein Recht, Diebstahl ist ein Verbrechen



Slowenien und Kroatien, beendet die Verletzung unserer Menschenrechte und gebt uns unser Eigentum zurück



Italien-Slowenien-Kroatien, 7. Gebot: Raubt nicht die Häuser der Vertriebenen



Nein zum Exil, ja zur Rückkehr



Wir wollen zurückkehren (istrischer Dialekt)



Pressekonferenz im Europaparlament



Pressekonferenz, links Dr. Massimiliano Lacota, Präsident der Unione degli Istriani

Kommentar:

Es muß festgehalten werden, daß solche Demonstrationen bei den deutschen Heimatvertriebenen mit Aussagen wie „Wir wollen zurückkehren“ schwerlich vorstellbar sind, ja, daß sie nicht nur von den herrschenden Politikern, sondern sogar auch von manchen Funktionsträgern der Vertriebenen als extremistisch und verwerflich abgelehnt würden.

Betrachten wir einmal die Situation aus verschiedenen Blickwinkeln, also irenisch.

Allgemein anerkanntes Ziel ist die Versöhnung der ehemals miteinander verfeindeten Staaten. Versöhnung bedeutet Vertrauen, Zuwendung und Frieden bzw. eine zufriedenstellende Situation. Versöhnung kann nur gedeihen unter Beachtung der Wahrheit. Da alle Geschehnisse immer auch eine Vorgeschichte und Ursache haben, sind **alle Fakten schonungslos auf den Tisch** zu legen. Solche Fakten reichen weit zurück, teilweise bis ins Mittelalter, wenn wir berücksichtigen, daß manche Völker von kollektiven tiefsitzenden Minderwertigkeitskomplexen geprägt sind. Minderwertigkeitskomplexe verleiten Menschen manchmal zu einem nicht korrekten, nicht ehrlichen, manchmal in gewisser Weise übertriebenen Denken, Verhalten und Handeln. Handlungen in der Vergangenheit bedeuten Geschehnisse. Die Ereignisse und Handlungen aller Seiten müssen bekannt gemacht werden, ohne wenn und aber (**Gedankengang 1**).

Bezogen auf das Vertreibungsgeschehen kann das **Ziel des Friedens, der Versöhnung** nur sein, den vorherigen richtigen friedlichen Zustand wiederherzustellen, so weit dies möglich ist (**Gedankengang 3**). Das bedeutet die **Verpflichtung der Vertriebenen**, wieder in ihr Land zurückkehren zu wollen, um sich an dessen Aufbau zu beteiligen.

Das Ziel der Vertreiberstaaten kann nur sein, das Unrecht zu beseitigen, die **Geschehnisse rückgängig zu machen**, so weit möglich und die Vertriebenen zur Rückkehr aufzufordern.

Der **Gedankengang 2** ist der Weg zu diesem **Ziel**.

Dieser Weg ist das schwierigste Element; er muß auf ganz andere Art gegangen werden als alle bisher beobachteten Verhaltens- und Vorgehensweisen.

Weder ist es zielführend, aggressiv von den Vertreiberstaaten die Rückgabe des Eigentums zu fordern noch ist es angebracht, den Vertreibern ihr Unrecht nachzusehen und **auf die Rückgabe zu verzichten**. Letzteres **ist** in Wirklichkeit noch viel verwerflicher, eigentlich **niederträchtig**, kurzum menschenunwürdig. Eigentlich steckt hinter solch einem Verhalten eine tief im Unbewußten verborgene Minderbewertung der Menschen der Vertreiberstaaten, was nichts anderes als Mißachtung ihrer Würde ist.

Was sollte unser Wunsch sein?

Die Vertreiberstaaten sind unsere Nachbarn. Jeder wünscht sich als Nachbarn nette, in ihrem Verhalten korrekte Menschen, Leute, mit denen man normal und ordentlich verhandeln kann, Menschen, denen man ohne Hintergedanken freundlich begegnen und in die Augen sehen kann, Menschen, von denen man sagen kann, die sind genau so korrekt wie ich (du) selbst, ehrlich und aufgeschlossen. Wir alle, auch wir selbst, sollten positiv denken, fühlen und handeln, gegenüber unserem Nachbarn. Dann kann es Frieden geben.

Würde, Ehre, Ruhm ist der Ternar (1,2,3), der uns leiten sollte. Er bedeutet nichts anderes, als daß meine Würde mir gebietet, ehrenvoll zu handeln, wodurch die Menschen mich positiv bewerten. Ein nicht ehrenvolles Handeln bedeutet Verlust, zumindest aber eine Verletzung meiner Würde.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so heißt es zumindest im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die Würde meines Nachbarn nicht anzutasten, bedeutet wiederum, gegenüber meinem Nachbarn ehrenvoll zu handeln. Aber bedeutet es, die Würde meines Nachbarn zu achten, wenn ich ihn ohne Ehre, also so behandle, als wäre er nicht in der Lage, Missetaten zu bereuen und wieder rückgängig zu machen, oder als steckte er noch in den Kinderschuhen, der also die Umgangsformen zwischen den Menschen noch nicht begriffen hätte, von dem ich demnach nicht eine menschenwürdige und menschengerechte Handlungsweise verlangen könnte? Sicherlich nicht. Würde ich so urteilen und handeln, würde ich behaupten, er könnte seine verletzte Würde nicht heilen, oder er besäße gar keine Würde, dann wäre ich selbst anmaßend und ehrlos und handelte frevelhaft an ihm.

Beziehen wir diese Zeilen auf unsere Nachbarn im Osten, also auf die Menschen der Vertreiberstaaten und auf diese Staaten selbst, dann sehen wir uns an, was Albrecht Neumann (Freier Mitarbeiter Inst. Ang. Wiss. Irenik) 1989 hierzu schrieb:

Zur europäischen Kultur gehört, daß Vertreibung, Diebstahl und irgendwie geartete Unterstützung dieser Delikte als unzulässig, unmöglich gelten und daß Menschen, die derartige Delikte begehen, dadurch ihre Würde, ihre Ehre und ihren Ruhm verlieren.

Von jedem Menschen, der erwachsen ist, verlangt man Wahrhaftigkeit im Denken und Reden, Gerechtigkeit im Handeln, Verlässlichkeit in der Einhaltung des Rechts. Man erwartet von ihm, daß er bei Übertretung des Rechts für seine Untaten einsteht und Wiedergutmachung leistet, ja sogar, daß er die Sühne dafür auf sich nimmt.

Unterentwickelten Jugendlichen gegenüber denkt man nachsichtiger, jedoch schreitet man eindeutig ein, wenn solch ein Jugendlicher „rotznäsiger“ oder „großspurig“ seine Übertretung für Rechtens ausgibt.

Jeder Jugendliche wiederum strebt danach, möglichst schnell in die Gemeinschaft der Erwachsenen aufgenommen und der uneingeschränkten Verantwortung gewürdigt zu werden, d. h. der ganzen menschlichen Würde und Ehre teilhaftig zu werden; somit hofft er, schließlich Ruhm in der Gemeinschaft zu erringen durch erfolgreiche gute Taten.

Ganz ähnlich ist das Verhältnis zwischen den Völkern. Auch hier versuchen unterentwickelte Völker, durch Rechtsstaatlichkeit und durch Leistungsnachweis in den Kreis der angesehenen Völker aufgenommen zu werden. Noch unterentwickelten Staaten gesteht man Rechtsunsicherheit zu und gewährt Entwicklungshilfe. Großspurigkeit hingegen weist man in die Schranken.

Wir sollten uns klar darüber sein, daß jedermann in Wirklichkeit von jedermann Rechtseinhaltung und Rechtssicherheit erwartet und fordert. Nachsichtig ist man nur gegenüber Unfähigen. Man verlangt aber von diesen Unfähigen, daß sie durch eigene Anstrengungen ihre Unfähigkeit so bald wie möglich beenden und dann aus eigenem Antrieb ihr ihnen vorläufig nachgelassenes Unrecht aus der Welt räumen, dem Recht Wiedergutmachung leisten und sich in die Reihe der durch Rechtlichkeit im Denken und Handeln ihrer eigenen Würde und Ehre sicheren Menschen einreihen. Tut dies einer nicht, wird ihm entweder offen oder heimlich Feindschaft oder Verachtung zuteil.

Zwischen Völkern gilt das Gleiche.

Da man diese Ansprüche aber nicht an die Vertreiber (so wie man gegenüber unterentwickelten Kindern und teilweise gegenüber Jugendlichen vorerst diese Ansprüche nicht stellt), degradiert man folglich die Vertreiber (um es harmlos auszudrücken) zu Nationen von unterentwickelten Jugendlichen, denen man damit die Gleichrangigkeit in Würde und Ehre aberkennt. Da man aber genau weiß, daß die Vertreiber erwachsen sind, degradiert man sie eigentlich im eigenen heimlichen Inneren zu Völkern von Lumpen, von denen Wiedergutmachung des verletzten Rechts nicht zu erwarten ist.

Indem man z. B. den Polen und den Tschechen den Bruch aller Rechte zugesteht, Wiedergutmachung von ihnen nicht verlangt, entscheidet man sich dafür, sie zu verachten. Man pflegt tief verborgen den Hochmut und die gelassene Erhabenheit des Erwachsenen gegenüber unfähigen und arroganten Jugendlichen. Selbstverständlich verheimlicht man das vor sich selbst; man wagt noch nicht einmal daran zu denken!

Das bedeutet, daß man verpflichtet ist, Wiedergutmachung verletzten Rechts zu verlangen, und daß man verletztes Recht niemals als Recht anerkennen darf.

So wird es beispielsweise einem Polen oder Tschechen selbst unmöglich gemacht, etwas gegen das große Unrecht zu tun und in seiner freien, unverklemmten, offenen Würde zu leben, wenn die Vertriebenen selbst, in diesem Falle die Deutschen, dieses Unrecht in polnisches oder tschechisches Recht umwandeln. Solange aber die Vertriebenen selbst das Unrecht vorwerfen und die Wiederherstellung des Rechts mit Nachdruck fordern, kann ein Pole oder Tscheche sich dem anschließen, das Recht vertreten und seine Nation zur Wiedergutmachung auffordern. Wenn die Deutschen erst einmal diese Verrücktheit, Unrecht als Recht anzuerkennen, durchgesetzt haben, wird es einem Polen oder Tschechen kaum noch möglich sein, gegen das große nationale Unrecht zu kämpfen; er würde wohl für verrückt erklärt. Würde und Ehre sind mit Lüge, falscher Geschichtsdarstellung, Rechtfertigung des Unrechts und Verweigerung der Wiedergutmachung des Unrechts nicht vereinbar.

Die Schlußfolgerung aus diesen Zeilen sollte sein: Wir sollten uns abgewöhnen, wenn vielleicht auch nur unbewußt, andere zu verachten.

Wir waren beim Weg zu unserem Ziel.

Unser Verhalten, also unser Denken, Fühlen und Handeln gegenüber unseren Nachbarn im Osten sollte geprägt sein von echter Achtung, Liebenswürdigkeit⁽¹⁾ und Ehrlichkeit. Ein solches Verhalten unsererseits erzeugt nicht sofort eine ablehnende Haltung bei unserem Gegenüber. Wir wollen ihm ja etwas sagen, dazu brauchen wir seine Aufmerksamkeit, nicht seine Abwehr. Sehen wir ihn als einen mit Würde begabten Menschen, dem wir ganz natürlich auch mit der gegebenen Ehrerbietung gegenüberzutreten.

Sehen wir aber bei ihm noch gewisse Mängel in seinem Denken, Fühlen und Handeln, dann helfen wir ihm in einer ihn achtenden und anerkennenden Art und Weise, seine Mängel abzustellen. Und haben wir Geduld mit unseren Mitmenschen im Osten. Bedenken wir doch, wie wir oft selbst nicht korrekt handeln, oder - bezogen auf unseren Staat, auf unsere Politiker - wie deutsche Politiker nur allzu oft die erforderlichen Eigenschaften vermissen lassen.

Das Verhalten unserer Nachbarn im Osten können wir langfristig auch dadurch ändern, daß wir beginnen - nachdem wir unsererseits Selbstbewußtsein, Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen wiedergewonnen haben -, ihr Selbstbewußtsein, Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen zu fördern, denn daran mangelt es ihnen noch zu sehr. Ein in Zukunft selbstbewußter Tscheche etwa könnte nichts dagegen haben, daß im Sudetenland wieder Deutsche leben; im Gegenteil, er würde es sich wünschen, weil er ja eingedenk seiner Würde das durch seine Nation begangene Unrecht wieder gutmachen machen will.

Die Nichtbeachtung der Würde der Menschen der Vertreiberstaaten durch die politischen Funktionsträger sollte in Zukunft ein Hauptargument in der Diskussion zur

Vertreibung werden, wo wir Vertriebenen – **so wie es beispielgebend und korrekt die Unione degli Istriani schon tut** - die Rückgabe des Eigentums und unser Rückkehrrecht ganz selbstverständlich und freundlich und mit den entsprechenden neuen Argumenten einfordern, weil wir nicht nur auf unserem Recht, unserem Menschenrecht⁽²⁾ bestehen, sondern es als unsere Pflicht⁽²⁾ ansehen, ganz allgemein die in Europa notwendige Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

-
- (1) Unter liebevoller Freundlichkeit ist eine echte, von Herzen kommende Freundlichkeit gemeint. Sie ist nicht mit einer in der Politik oft anzutreffenden Liebedienerei, Unterwürfigkeit oder gar Speichelleckerei, die in Karnevalszügen als „Arschkriecherei“ vorgeführt wird, zu verwechseln. Wir können es vergleichen mit der Erziehung unserer Kinder, die manchmal ungezogen sind. Wir achten sie und zeigen ihnen in Liebe, was sie zu beachten, wie sie sich zu verhalten haben, was ihre Pflicht ist. Ebenso achten wir die Tschechen und Polen und anderen, und sagen ihnen mit echter, nicht vorgespeltem, Freundlichkeit, wie sich die Gesamtsituation darstellt, welche Forderungen wir aufgrund der Rechte und Pflichten von achtenswerten Menschen ihnen gegenüber stellen müssen: Achtenswerte Menschen erkennen die Richtigkeit solcher Forderungen an und versuchen, ihnen Folge zu leisten.
 - (2) Der Ostpreuße Johann Gottfried Herder (1744-1803) hat schon vor über 200 Jahren den für die damalige Zeit bemerkenswerten Satz geprägt: „**Der Name Menschenrechte kann ohne Menschenpflichten nicht genannt werden; beide beziehen sich aufeinander.**“